



Kanzler Schröder, stellvertretender SPD-Chef Rau*: „Jetzt kommen schwere Zeiten auf die Partei zu“

Freie Hand für den Kanzler

Oskar Lafontaines rabiater Rückzug ins Privatleben eröffnet Gerhard Schröder eine zweite Chance. Er kann – und muß – jetzt seine eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik durchsetzen. Die SPD unterwirft sich seinem Führungsanspruch, mehr aus Vernunft denn aus Sympathie.

Der Bundeskanzler ahnte noch nichts, als vom anderen Ende des „global village“, aus New York, die ersten Gerüchte nach Bonn vordrangen.

Hektisch riefen am Donnerstag mittag der vergangenen Woche amerikanische Analysten und Makler im Kanzleramt und im Finanzministerium an: Ob es denn stimme, daß Oskar Lafontaine zurücktrete? An der Wall Street werde diese „News“ als heißer Tip gehandelt.

Falsch, absolut falsch sei das, versicherte Torsten Albig, Lafontaines Sprecher im Finanzministerium. Keine Notlüge – er wußte nichts. Dennoch schossen um 15.30 Uhr, als die Wall Street den Handel eröffnete, erst mal die Kurse nach oben. Ausgerechnet die Spekulanten, die Vertreter jenes Kasino-Kapitalismus, den Lafontaine so leidenschaftlich bekämpfen wollte, ahnten vor allen anderen, was sich in einer

* Am vergangenen Freitag in der Bonner SPD-Zentrale.

kleinen Stadt in Germany zusammenbraute.

Erst zehn Minuten später, gegen 15.40 Uhr, lieferte ein Bote Lafontaines Brief mit der Aufschrift „Für den Herrn Bundeskanzler – persönlich“ bei Marianne Duden im Vorzimmer des Kanzlers ab. Schröder, der gerade allein an seinem Schreibtisch arbeitete, mochte zunächst kaum glauben, was er las: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich trete hiermit als Bundesminister der Finanzen zurück.“



Schröder-Rivale Lafontaine*: „Mit freundlichen Grüßen“

Mit freundlichen Grüßen – Oskar Lafontaine“.

Sofort trommelte der Kanzler eine Runde von Vertrauten in seinem Amtszimmer zusammen: Staatssekretär Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerbüro-Leiterin Sigrid Krampitz und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Kanzleramtsminister Bodo Hombach leitete gerade eine Sitzung des Hauptausschusses fürs Bündnis für Arbeit im Kanzleramt. Er wurde herausgerufen und unterrichtet.

Wenig später kehrte Hombach in die Runde zurück und erklärte den Anwesenden, fein lächelnd: „Soeben ist der Minister der Finanzen zurückgetreten.“ Den Teilnehmern fiel auf, daß ein gewisser beschwingter Ausdruck während der restlichen Sitzung nicht mehr aus Hombachs Gesicht gewichen sei.

Keine weiteren Erläuterungen? Unablässig versuchte Marianne Duden Lafontaine anzurufen, doch der wollte mit dem Kanzler nicht reden. Die Sache sei entschieden, ließ er ausrichten; außerdem sei er praktisch schon auf dem Wege nach Saarbrücken.

Später, als er über ein Mobiltelefon zu erreichen war, verweigerte er den direkten Kontakt mit Schröder. Wieder erfuhr der Kanzler nur über eine dritte Person, daß Lafontaines Entschluß feststehe, es gebe nichts mehr zu bereden. Dann wurde aufgelegt. Bis vorigen Freitag abend blieben alle Versuche Schröders und seiner Crew, Lafontaine zu sprechen, im Kanzleramt ergebnislos.

Das war's. Ein Blackout? Ein Akt der Illoyalität, dem Kanzler jede Erklärung zu verweigern, der rabiate Rückzug eines Ministers und Parteichefs im Zorn, der alle Beteiligten ratlos machte.

Wie so oft reduzierte sich – wenn es ernst wird – das hochkomplizierte deutsche Parteien- und Regierungswesen auf ein schlichtes Duell Mann gegen Mann. So ging es zu zwischen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß. Und nun auch zwischen Schröder und Lafontaine.

Immer stehen sich zwei starke Figuren mit Alleinvertretungsanspruch und unterschiedlichem Politikstil und -verständnis gegenüber. Sie gehen Zweckbündnisse auf Zeit ein, die sie aber regelmäßig nur ächzend und bedingt durchhalten. Die Rivalität zwischen Lafontaine und Schröder brach offen aus, als die Regierung aus dem Stümpfern nicht herauskam.

Wer von beiden war schuld am Mißlingen? Die Schröder-Leute verbreiteten schon seit Wochen die Kunde vom schlecht vorbereiteten Finanzminister Lafontaine, der sich mit seinen Getreuen im Ministerium einigete und der Doppelbelastung

* Im Bundestag nach der Wahl Gerhard Schröders zum Kanzler am 27. Oktober 1998.

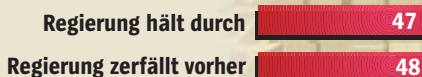


Richtiger Weg
„Oskar Lafontaine wollte die Wirtschaft belasten, Gerhard Schröder will im Einvernehmen mit der Wirtschaft regieren. Wer von beiden hat recht?“



Gemischte Gefühle

„Hält die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode 2002 durch, oder zerfällt Rot-Grün vorher?“



Lieber Große Koalition

„Welche Koalition bevorzugen Sie?“



Emnid-Umfrage vom 12. März; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Schröder, allein

RUDOLF AUGSTEIN

Selbst der Abgang von Bundeskanzler Willy Brandt 1974, der nicht allein wegen einiger privater Affären zurücktrat, hat in den westlichen Ländern nicht soviel Aufsehen erregt wie der nun allerdings sehr spektakuläre Rücktritt Oskar Lafontaines von seinem Regierungsamt, vom Parteivorsitz der SPD, ja sogar als Abgeordneter im Bundestag.

Dieser Abgang war sachlich sicher gerechtfertigt. Auf eine so rüde, die Wähler der SPD brüskierende Art hätte er aber nicht erfolgen müssen. Selbst langjährige Parteigefährten wie Johannes Rau wurden mit keiner Silbe informiert, das überließ der Genosse dem Kanzler. Versuche Schröders, Lafontaine in seinem hermetisch verriegelten Haus telefonisch zu erreichen, blieben erfolglos.

Da bisher niemand am Machtwillen des Zaunkönigs, des „Napoleon von der Saar“, gezweifelt hat, gibt es zwei Erklärungsmöglichkeiten:

Die erste: Lafontaine ist an seinen Problemen politisch zerbrochen; die zweite: Er will nun beweisen, daß sein Parteifreund Gerhard Schröder den Kampf des Regierens auch nicht durchsteht – jedenfalls allein, ganz ohne seine Mitwirkung nicht. Man muß hier nicht gleich Infamie vermuten; in der Politik geht es manchmal so zu.

Oskars politisches Charakterbild hat ihm zwar bei der Mehrheit der Parteimitglieder nicht geschadet, wohl aber in der Öffentlichkeit. Es war nicht fein, wie er den – allerdings trostlos langweiligen – Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, so als trieben ihn göttliche Kräfte, 1995 aus dem Amt hebelte, nach dem Motto „Ôte-toi de là que je m'y mette“.

Der Kanzlerkandidat Lafontaine aber war auf eine Weise verletzt, die man nur als erstaunlich bezeichnen kann, als er mit seinen Anti-Parolen gegen den Einigungskanzler Helmut

Kohl 1990 die Wahl nicht gewinnen konnte.

Lafontaine hatte schon 1983 vorgeschlagen, „das Ausscheiden aus der militärischen Integration der Nato zu wagen“ (ich durfte sogar noch sein Buch dazu vorstellen). Not schafft manchmal seltsame Bettgenossen: Ich stand neben ihm, weil wir beide Gegner der sogenannten Nato-Nachrüstung der Kanzler Schmidt und Kohl waren. Wir hielten sie – und ich halte sie noch – für

Sieg (einen zu hohen Sieg?) hätte einfahren können. Ausgeschlossen hingegen ist, daß Lafontaine gegen den alten Kohl noch einmal mit irgendwelcher Aussicht hätte antreten können. So kam nach dem übergroßen Sieg eine unhaltbare Regierungskonstruktion zustande. Das Dilemma war unheilbar, einer der beiden mußte über kurz oder lang weg, und hier hatte der Kanzler mit seiner Richtlinienkompetenz den längeren Löffel.

Doch auch für Gerhard Schröder, der sein Haupt mit Lorbeer bisher eher nicht hat schmücken können, ist nun eine ganz neue Lage entstanden, die zwar unvermeidlich war, die ihm aber kein Schlupfloch mehr läßt. Kein Showauftritt wird ihm mehr helfen, er muß das Land nun regieren.

Immer noch gibt es, was wir längst für erloschen hielten: den Unterschied zwischen links und rechts. Links bedeutet, grob gesagt, Umverteilung, rechts bedeutet unheilbare Ungerechtigkeit.

So wundert es denn nicht, daß die „Frankfurter Allgemeine“ Schröder auffordert, nun die einmalige Chance des Schwenks zur FDP zu nutzen. Das ist ein niedlicher Vor-

schlag, der vielleicht sogar einmal wahr werden könnte. Er nützt Schröder sogar, weil ja auch die Grünen Zeitung lesen. Aber ihn jetzt ohne sichtbaren Grund zu vollziehen, das würde für Schröder nicht nur ein „tödliches Risiko“ bedeuten, wie sogar die „FAZ“ erkennt, sondern das Ende überhaupt.

Bevor der Kanzler an irgendwelchen Wechsel denkt, muß er eines ganz sicher beweisen: ob er überhaupt Mehrheiten hinter sich bringen kann. Dazu braucht er die gezähmten Grünen. Dazu braucht er aber auch ein Selbstbewußtsein, das er bisher nur verbal gezeigt hat. Er muß regieren – ziemlich einsam und ohne Balance –, dazu hat ihm das Grundgesetz die Macht auf-
erlegt.



Oskar Napoleon

ein gegen deutschen Boden erfundenes Testwerkzeug – Stichwort „Feuerschneise“ –, um die Gehorsamkeit der Deutschen gegenüber ihren Alliierten zu überprüfen. Aber aus der Nato aussteigen? Dieser Vorschlag war ganz unsinnig und brachte Lafontaine den Ruf der Unzuverlässigkeit ein, der ihm bis zu seinem Rücktritt anhaftete.

Als Lafontaines Weggang aus der Politik noch niemandem außer seiner Frau bekannt war, nannte Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ dessen professorale wirtschaftspolitische Absichten „lächerlich“.

Hier muß man gerecht sein. Es ist sehr zweifelhaft, daß Gerhard Schröder ohne die breite Flächenunterstützung von Oskar Lafontaine einen so hohen

nicht gewachsen sei. Lafontaines Truppe wiederum wies vorwurfsvoll auf die mangelhafte Koordination im Kanzleramt hin und spottete über den „Cashmere-Kanzler“, der im teuren Mantel für Lifestyle-Magazine posiere.

Das Duo Schröder/Lafontaine harmonisierte, solange beide sich gegenseitig Respekt zollten und Schonung garantierten. Jeder der beiden Machtmenschen durfte glauben, er betreibe in eigener Verantwortung ein eigenes Projekt – Kanzler der eine, Schatzkanzler der andere.

Als aber Schröder immer öfter den Vorrang ausspielte, den die Kanzler-Demokratie dem Regierungschef einräumt, mochte Lafontaine nicht mehr mitmachen. Er vollzog den Rückzug ins Privatleben: handstreichartig und umfassend.

Es ging ja auch nicht bloß um Rivalität. Einmal mehr standen die beiden Sozialdemokraten vor dem klassischen Zielkonflikt: Wieviel Belastung darf eine Regierung der Wirtschaft im Namen der sozialen Gerechtigkeit zumuten? Schafft man Arbeitsplätze, indem man die Investitionsbedingungen für die Wirtschaft verbessert? Oder kurbelt man besser die Konjunktur durch Massenkonsum an?



Medienstar Schröder*
Blendendes Selbstverkaufstalent



1. März 1999



11. März 1999

„Bild“-Schlagzeilen: Gezielte Übertreibungen

Lafontaine legte sich mit den Stromkonzernen und den Versicherungsunternehmen an. Schröder aber wollte und will nicht gegen die Wirtschaft regieren. Der latente Gegensatz zwischen beiden war vergangene Woche in voller Schönheit zu besichtigen.

Auf dem Papier ist Schröder jetzt ein so starker Kanzler wie Helmut Kohl zu seinen besten Zeiten. Er folgt dem Ratschlag Helmut Schmidts und übernimmt auch den Vorsitz der SPD. Doch ungeliebter bei den Genossen als er hat noch nie ein Parteichef in der Nachkriegs-SPD dieses Amt übernommen. Fürs erste muß und wird die Partei sich fügen, will sie Erfolg und Führung.

Welche Rolle Schröder den Grünen zuweist, hat er sie wissen lassen: mehr Fischer und weniger Trittin, mehr zweckorientierter Regierungspragmatismus und weniger Kapiolen im Dienste von Minderheiten.

Die Grünen haben zu lange dafür gelebt und gekämpft, in Bonn am Kabinettsitz zu sitzen, als daß sie jetzt ihre Chance leichtfertig aufgeben könnten. Sie haben auch wenig Drohpotential: Fielen sie als Mehrheitsbeschaffer aus, stünde die FDP als Ersatz zur Verfügung. Auch eine Große Koalition ist als Alternative nicht ausgeschlossen, Schröders Vorliebe für breite Mehrheiten beim Regieren und in der Gesellschaft käme ein Bündnis mit CDU/CSU

* In der Fernsehshow „Wetten, daß...?“ am 20. Februar in Münster.

ohnehin am nächsten. Das Publikum neigt derzeit auch wieder einer Großen Koalition zu, wie das Emnid-Institut im Auftrag des SPIEGEL herausfand.

Der Showdown begann in der Kabinettsitzung am Mittwoch vergangener Woche. Schröder hob zu einer Standpauke an, die dann in gezielter Übertreibung als Balkenüberschrift in „Bild“ landete: „Schröder droht mit Rücktritt!“

Dabei hatte der Kanzler nicht einmal die Stimme gehoben, als er in der Ministerrunde zur Sache kam und die „Rückbesinnung auf die Grundlagen unseres Wahlerfolges“ forderte. Man habe die „neue Mitte umworben und tatsächlich ihr Vertrauen erhalten“, sagte er. „Aber hier gehen immer noch einige davon aus, daß man das Land gegen die Wirtschaft regieren kann. Das geht nicht.“

Über Umwege erst pirschte der Kanzler sich an den eigentlichen Adressaten heran. Erst kam Familienministerin Christine Berg-

mann dran; sie hatte mit dem Vorschlag, den Erziehungsurlaub flexibler zu gestalten, der Wirtschaft einen der gefürchteten „Nadelstiche“ versetzt. Schröder fand das „völlig unakzeptabel“.

Umweltminister Jürgen Trittin wollte unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ bekanntgeben, daß seine Beamten an einer Novelle der Sommersmog-Verordnung arbeiten. „Immer dann, wenn wir rot-grüne Verkehrspolitik machen, bekommen wir Probleme“, monierte Schröder.

Danach kam der Kanzler auf den peinlichen Zahlenwirrwarr um die Belastung der Energieversorger zu sprechen, auf den Zickzackkurs bei den Steuerreformen: „So kann das nicht weitergehen.“ Den Namen Lafontaine sprach er nicht aus, aber jedem war klar, wer gemeint war.

Zunächst herrschte Schweigen im Kabinettsaal, bis ausgerechnet Lafontaine als erster Worte fand – und zwar erstaunliche: „Gerd“, sagte er, „ich gebe dir in allen Punkten recht.“ Für Abstimmungsgespräche stehe er zur Verfügung.

Damit muß sich Schröder nun nicht mehr aufhalten. Endlich kann der Kanzler in der Wirtschafts- und Finanzpolitik so schalten und walten, wie er es immer wollte. Der Automann, der von jeher glaubt, daß es keine rechte, keine linke, wohl aber eine moderne Wirtschaftspolitik gibt, hat schließlich sein Schicksal mit neuen Jobs verbunden.



Januar 1966 Eintritt in die SPD. Juso-Vorsitzender im Unterbezirk Saarbrücken.

1970 bis 1975 Abgeordneter im Saarländischen Landtag.

1974 Bürgermeister von Saarbrücken, zwei Jahre darauf Oberbürgermeister (bis 1985).

1977 Landesvorsitzender der Saar-SPD.

1980 Unter Lafontaine wird die SPD stärkste Fraktion im Saarländischen Landtag, bleibt aber in der Opposition.

1982 In einem Interview mit dem „Stern“ attackiert Lafontaine Bundeskanzler Helmut Schmidt: Mit dessen „Sekundärtugenden“ wie Pflichtgefühl und Standhaftigkeit „kann man auch ein KZ betreiben“. Der Saarländer wird in der SPD zum Wortführer gegen den Nato-Doppelbeschluss.

1985 Triumph bei der Saar-Landtagswahl: Lafontaine erringt für die SPD die absolute Mehrheit und wird Ministerpräsident.

1988 Vorstöße für flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich lösen in der SPD heftige Kontroversen aus.

März 1990 Die SPD nominiert Lafontaine zum Kanzlerkandidaten für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember.

25. April 1990 Köln-Mülheim: Eine geistesgestörte Attentäterin verletzt Lafontaine lebensgefährlich mit einem Messer. Überraschend schnelle Genesung bis zum Sommer.



2. Dezember 1990 Deutliche Niederlage der SPD (33,5 %) bei der Bundestagswahl gegen Helmut Kohl, den „Kanzler der Einheit“. Lafontaine verzichtet auf den Fraktions- und Parteivorsitz und zieht sich ins Saarland zurück.

1994 Führungstrio im Bundestagswahlkampf mit Kanzlerkandidat Rudolf Scharping und Gerhard Schröder.

November 1995 Nach einer kämpferischen Rede auf dem SPD-Parteitag in Mannheim kandidiert Lafontaine gegen Scharping und entzieht ihm den Parteivorsitz.

1. März 1998 Schröder gewinnt die Niedersachsen-Wahl. Lafontaine erklärt ihn zum Kanzlerkandidaten der SPD. Das Zweckbündnis der beiden Rivalen ist Grundlage für Schröders Triumph am 27. September.

27. Oktober 1998 Finanzminister im Kabinett Schröder.

11. März 1999 Rücktritt als Finanzminister nach 136 Tagen, Lafontaine legt zugleich den Parteivorsitz nieder.

Und da lief bisher kaum etwas nach Wunsch: Derzeit sind über 500 000 Menschen mehr arbeitslos als am Tage von Schröders Amtsantritt. Die deutsche Wirtschaft droht zu stagnieren, und auch für die kommenden Monate verschoben viele Unternehmer kurzerhand Investitionen – aus Angst vor neuen Belastungen aus Bonn.

Nun strebt Schröder eine schnelle Stimmungswende an. Mit neuem Elan wollen die SPD-Modernisierer ihre Projekte vorantreiben, unterstützt durch die Grünen, die am vergangenen Freitag rasant auf einen wirtschaftsliberalen Kurs einschwenkten:

- Die Steuerreform, Teil eins, wird zwar durchgezogen. Aber schon zum 1. Januar 2000 soll die Industrie kräftig von einer Reform der Unternehmensteuern profitieren. Den Familien soll das Karlsruher Urteil zugute kommen.
- Neuen Schwung versprechen sich die Schröder-Leute für das Bündnis für Arbeit und den Energiekonsens: Ohne Buhmann Lafontaine kann Schröder mit wohlgesinnten Unternehmern rechnen.
- Handwerklich saubere Arbeit fordert der Kanzler für die weiteren Reformvorhaben, die die Wirtschaft treffen: Gesundheit, Rente, Niedriglohn. Endlich soll verwirklicht werden, was der Kanzler nach dem Chaos der ersten 100 Tage versprochen hat: Genauigkeit vor Schnelligkeit.

Lobbyisten und Wirtschaftsverbände triumphten über Lafontaines Abgang, als gelte es, den zweiten Sieg des Kapitalismus über die Planwirtschaft zu feiern.

„Das ist einer der schönsten Tage meines beruflichen Lebens“, jubelte Hans Schreiber, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen: „Lafontaine war ein Kapital- und Arbeitsplatzvernichter.“

Blendend gelaunt kommentierte auch Hans-Olaf Henkel die Nachricht. „Jetzt hat sich der Kanzler von einer Fußfessel befreit“, frohlockte der Industriepräsident, „nun hat er nur noch eine – und die heißt Jürgen Trittin.“

Die Börsen erlebten ein Kursfeuerwerk wie schon lange nicht mehr: Binnen sieben Minuten legte die europäische Währung gegenüber dem Dollar um zwei Cent zu; der Deutsche Aktienindex Dax kletterte am Freitag in der ersten Viertelstunde im Vergleich zum Vortag um über 300 Punkte, mithin um sechs Prozent – Vorschußlorbeeren für Schröder.

So ungeniert der Jubel bei der Wirtschaft war, so geschockt reagierten die Koalitionskollegen Lafontaines. Für einen Mo-

ment schien das politische Herz der Republik zu stocken, als die Nachricht vom Rücktritt des SPD-Chefs am vergangenen Donnerstag in den sonnigen Vorfrühlingsnachmittag platzte.

Außenminister Joschka Fischer joggte gerade bei herrlichem Sonnenschein am Bonner Rheinufer, wie üblich gemeinsam mit Sicherheitsbeamten, als ihn – per Handy – ein Anruf des Kanzlers erreichte: „Nicht duschen, gleich kommen“, befahl ihm der Regierungschef, ohne anzudeuten, warum er es so eilig hatte, den Obergrünen zu sehen.

Kurzerhand spurtete der Außenminister, bis er schließlich im Kanzleramt stand: schwitzend und schwer atmend, in kurzer Hose und Baseballkappe auf dem grauen Haupthaar, erhielt er die Nachricht vom Kanzler persönlich.

Auch den SPD-Vize und Präsidentschaftskandidaten Johannes Rau rief Schröder selbst an. Der machte sich von Wuppertal aus sofort auf den Weg nach Bonn. Ganz überraschend traf ihn die Nachricht nicht: Er hatte wenige Tage zuvor nach einem Gespräch mit dem da schon bitteren Lafontaine seine Vermittlungsdienste ange-



Genossen Scharping, Lafontaine*: Spott für den Rivalen

boten. Zu spät. „Jetzt kommen schwere Zeiten auf die SPD zu.“

So sah das auch der Kanzler. „Wir sind in einer schwierigen Phase, und es kann eine gefährliche Rutschbahn daraus werden“, unkte er am Donnerstag. Doch wie immer, wenn der Niedersachse seine Besitztümer bedroht sieht, lief er in der vergangenen Woche zu großer Form auf. Er agierte schnell, klar und zugreifend.

Die Koalitionsrunde am Donnerstag war ohnehin für den Abend angesetzt. Jetzt bat er die Spitzenleute beider Parteien vorher ins Kanzleramt. „In großem Ernst“, so ein Teilnehmer, seien dort Koalitionsabsprachen „eindeutig festgelegt worden“. Die Runde einigte sich auf eine Sprachrege-

* Nach der Wahl Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden auf dem Mannheimer Parteitag am 16. November 1995.

lung: Der Doppel-Paß-Kompromiß sollte als erster großer Erfolg des Staatsbürgerschaftsrechts gepriesen werden.

Schröder erneuerte geradezu feierlich sein Koalitionsversprechen: „Ich will den Erfolg dieser Koalition. Ich will sie rational, und ich will sie emotional. Dazu stehe ich.“ Allen Beteiligten war klar: Nun würde es keine Entschuldigungen mehr geben. Der Startschuß für den zweiten Anlauf war abgefeuert.

Die überdrehte Männerfreundschaft zwischen Lafontaine und Schröder ist vorbei. Bis zuletzt hatten die beiden dieses Medienmärchen der Welt in grellen Bildern und mit aufdringlichem Krampfächeln erzählt. Die Zusammenarbeit sei „sehr eng, sehr gut, sehr freundschaftlich“, versicherte der Bundeskanzler noch am vergangenen Montag.

Daß Lafontaine in den vergangenen Wochen und Monaten nicht gut drauf gewesen sei, war Gesprächsthema bei den Genossen, die sich in Bonn zum Parteirat versammelten, dem höchsten SPD-Gremium zwischen Parteitag. Doch mit heroischem Gestus versicherte Lafontaine: „Es

„Niemandem nützt es, wenn man sich Debatten in alter Klassenkampfqualität liefert.“

Es gab keinen großen Applaus nach Schröders Rede, eher ein unbehagliches Schweigen. Aber der Gegensatz lag jetzt offen zutage.

Intern schwelte der Richtungskampf weiter. Nächste Station war am Dienstag Mailand, wo sich die Euro-Sozialisten versammelten. Als Lafontaine eintraf, seien –

Der Showdown begann mit einer Standpauke des Kanzlers

berichteten Gefolgsleute des Vorsitzenden – einige deutsche Genossen zu ihm gekommen und hätten ihn gebeten: „Nun halt du wenigstens eine sozialdemokratische Rede.“ Was Schröder gesagt habe, sei „alles ganz furchtbar gewesen“. Anschließend sei Lafontaine zu den Franzosen gegangen und habe versucht zu küssen, was zu küssen sei, und Scherben wegzuräumen, die der Kanzler hinterlassen hätte. Der Wutpegel des SPD-Vorsitzenden sei deutlich gestiegen.

Die Kommunikation zwischen Regierung und Fraktion sei desolat, klagten auch die Abgeordneten. Der Parteichef las eine weitere Agentur-Meldung vor, die man ihm gegen 19.15 Uhr in einer Mappe hereingereicht hatte. „Schröder droht indirekt mit Rücktritt“, hatte dpa um 18.56 Uhr unter Berufung auf Blätter vom nächsten Tag gemeldet.

Lafontaine war irritiert und aufgebracht. „Das ist doch absurd. Ruf doch mal den

Heye an, der Gerd soll das dementieren“, forderte er seine Presse-Beraterin Dagmar Wiebusch auf. Die meldete zurück: Der Regierungsspre-

cher Uwe-Karsten Heye dementiere „auf allen Kanälen“.

Aus Lafontaine brach schließlich der Zorn heraus. „Eine solch katastrophale Regierungsführung habe ich noch nie gesehen.“ Die Teilnehmer der Runde konnten fast physisch spüren, wie er sich im Laufe der abendlichen Sitzung immer mehr mit Zorn auflud.

Als Quelle der Indiskretionen vermutete Lafontaine das Kanzleramt. Systematisch, so streuten seine Vertrauten, seien



Paare Schröder, Lafontaine*, Koalitionäre Schröder, Fischer, Lafontaine: „Sehr eng, sehr gut, sehr freundschaftlich“

kommt nicht darauf an, wie schlecht es dem Vorsitzenden geht. Es kommt darauf an, daß es der Partei gutgeht.“

Daß die Wirtschaft Sturm gegen die rot-grünen Reformprojekte laufe, bezeichnete er als „nachvollziehbar“: Es würden eben die Weichen anders gestellt als in den vergangenen 16 Jahren. Leidenschaftlich forderte Lafontaine die Genossen auf, diese „arbeitsnehmer- und familienfreundliche Politik“, die es viel zu lange nicht gegeben habe, weiter offensiv zu vertreten, auch bei Gegenwind.

Dann redete Schröder. „In der Sache“, sagte er, sei er mit der Bilanz Lafontaines einverstanden. Doch halte er es für falsch, sich allzu einseitig festzulegen. Man könne keine Politik gegen die Wirtschaft machen.

Am Abend nach der Kabinettsitzung mit Kanzler-Standpauke freilich war davon zunächst nichts zu spüren, jedenfalls berichten die Genossen von der „Parlamentarischen Linken“ der SPD, die sich im Amtszimmer Lafontaines in der Graurheindorfer Straße versammelt hatten, „Oskar“ habe total entspannt gewirkt. „Was ist der Unterschied zwischen Trittin und mir?“ habe er im Scherz gefragt. Und nach einer kurzen Pause prustend geantwortet: „Der fällt um, ich nicht!“

Keiner der Anwesenden ahnte, wie ernst der Parteichef diesen Witz gemeint hatte. Die Stimmung verdusterte sich erst, als er eine Agentur-Meldung vom Nachmittag verlas: Bundeskanzler Schröder habe Vertretern der Energiewirtschaft mitgeteilt, das Zahlenwerk des Finanzministers sei offensichtlich falsch gewesen.

von dort Illoyalitäten gegen ihn verübt worden. Vor allem Kanzleramtsminister Bodo Hombach habe sich in Dinge eingemischt, die ganz allein die Partei betrafen. Bei den Gesprächen etwa um die Neuausrichtung der Partei für einen „dritten Weg“ habe der Kanzleramtsminister den britischen Sozialisten klargemacht, daß die Parteikontakte nicht über das SPD-Hauptquartier zu laufen brauchten, sondern direkt über ihn.

Umgekehrt hat sich in der Umgebung des Parteivorsitzenden der Glaube festgesetzt, Lafontaine sei mit konspirativer Um-sicht von den Männern des Kanzlers aus seinem Job gemobbt worden. Daß Schröders niedersächsischer Nachfolger Gerhard Glogowski schon eine Stunde nach dem Lafontaine-Rücktritt den Kanzler als Nachfolger vorschlug, hält keiner für einen Zu-

* Im August 1997 an der Saar.

„Wir müssen neu Tritt fassen“

Außenminister Joschka Fischer über
Lafontaines Rücktritt und die zweite Chance der rot-grünen Koalition

SPIEGEL: Herr Fischer, ist der Rücktritt Lafontaines der Anfang vom Ende der rot-grünen Koalition?

Fischer: Sicher nicht, aber ein sehr schwerwiegendes Ereignis. Oskar Lafontaine war eine tragende Säule in der Architektur der neuen Sozialdemokratie. Mit dieser Architektur wurde die Macht, die Mehrheit bei der Bundestagswahl gewonnen. Die rot-grüne Koalition wird den Wählerauftrag in den nächsten vier Jahren umsetzen.

SPIEGEL: Eine zweite Chance für die Regierung Schröder?

Fischer: Es kann eine zweite Chance sein, wenn wir jetzt – wie bei einem Schachspiel – die Grundaufstellung der Figuren noch einmal neu ordnen ...

SPIEGEL: ... und dabei den grünen Umweltminister Jürgen Trittin aus dem Spiel nehmen?

Fischer: Eine Personaldebatte wäre das Dümme, was wir uns jetzt erlauben können. Das wäre selbstmörderisch. Nein, wir müssen meines Erachtens die Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und Investitionsorientierung neu finden.

SPIEGEL: Jetzt ist stärkere Innovationsbereitschaft geboten?

Fischer: An der Frage der Arbeitsplätze wird sich das Schicksal der Regierung Schröder entscheiden, wie der Bundeskanzler selbst gesagt hat. Insofern geht es darum, das Klima – vor allen Dingen auch mit der Wirtschaft – im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, dem ja auch die Gewerkschaften angehören, wesentlich zu verbessern.

SPIEGEL: Lafontaine und Schröder hatten unterschiedliche Vorstellungen über die richtige Wirtschaftspolitik. Fällt die Blockade nun weg?

Fischer: Ich würde nicht von Blockade reden. Ich kann nur sagen, die Regierung hat neue Möglichkeiten, aber das Risiko ist auch nicht wegzudiskutieren.

SPIEGEL: Wo liegt das Risiko?



Grünen-Minister Fischer, Trittin: „Eine Personaldebatte wäre jetzt das Dümme“

Fischer: Der Rücktritt Lafontaines ist natürlich eine Erschütterung, daraus ergeben sich politische Konsequenzen: Es wäre falsch von den Grünen, aber auch von der SPD, sich in einem Schildkrötenreflex ins Gehäuse zurückzuziehen. Wir müssen an dem Reformauftrag weiter arbeiten. Unter neuen Bedingungen müssen wir neu Tritt fassen.

SPIEGEL: Was bedeutet das für die laufenden Projekte, etwa die Steuerreform?

Fischer: Es ist viel zu früh, Ihnen solche inhaltlichen Fragen zu beantworten. Wir hatten noch keine Gelegenheit, intern darüber zu diskutieren.

SPIEGEL: Wird mit dem Weggang Lafontaines auch ein Stück sozialdemokratische Politik aufgegeben?

Fischer: Nein, ich glaube, die europäische Linke hat nur eine Chance: Sie darf keinen Gegensatz zwischen Sozialdemokratismus und Wirtschaftsliberalismus entstehen lassen. Auch für uns sollte das niederländische „Poldermodell“ der Maßstab sein. Das heißt: Einen tiefgreifenden sozialen Wandel, den die Globa-

lisierung und auch die Europäisierung erfordert, gilt es einvernehmlich mit den gesellschaftlichen Kräften zu organisieren. Das ist der Wesensgehalt des Bündnisses für Arbeit.

SPIEGEL: Ist das nicht eine Verlagerung der Politik – von den parlamentarischen Instanzen hin zu außerparlamentarischen Zirkeln?

Fischer: Das ist keine Verlagerung, sondern eine erfolgreiche Erfahrung der Niederlande. Mit dem Poldermodell ist es dort gelungen, einen tiefgreifenden Wandel am Arbeitsmarkt, moderiert von der Politik, voranzubringen. Ich denke, auch für eine ökologisch und sozial orientierte Linke wie die Grünen ist das ein Maßstab. Die Fragen der ökologischen Steuerreform spielen ja auch in den Niederlanden eine zentrale Rolle bei der Transformation des Steuersystems.

SPIEGEL: Welche Folgen hat die veränderte Architektur der Koalition für die Grünen?

Fischer: Wir Bündnisgrüne müssen begreifen, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ins-

gesamt – unabhängig vom Schritt Oskar Lafontaines – nicht einfacher werden. Der Wettbewerb wird härter. Wer wird die Modernisierungspartei der Zukunft sein? Diese Frage müssen sich die Grünen stellen.

SPIEGEL: Schröder ist anders als Lafontaine auf Konsens orientiert, mit der Wirtschaft, mit der Bevölkerung. Bleibt da Platz für eine Reformpartei?

Fischer: Konsens bedeutet ja nicht einfach Populismus. Einen Energiekonsens zu versuchen mit der Stromwirtschaft ist alles andere als populistisch. Es trägt den Machtverhältnissen Rechnung. Einen tiefgreifenden sozialen Wandel mit der Bevölkerung und mit den Repräsentanten großer gesellschaftlicher Gruppen zu erreichen wie in Holland ist auch keineswegs Opportunismus.

SPIEGEL: Beginnt nunmehr eine Übergangsphase – hin zur Großen Koalition?

Fischer: Nein, eine Große Koalition bedeutet bleiernen Stillstand. Aber soviel muß auch klar sein: Wir werden auch in Zukunft nicht die Politik machen, die ein Lautsprecher der Wirtschaft wie Herr Henkel erwartet.

SPIEGEL: Oskar Lafontaine gehörte zu Ihren engen politischen Freunden. Bedauern Sie seinen Rückzug aus der Politik?

Fischer: Er war nicht nur ein politischer Freund, er steht mir menschlich sehr nahe. In der Politik ist es oft schwierig, wenn die politischen Vorstellungen auseinanderlaufen, das Menschliche zusammenzuhalten. Ich kann nur sagen, Oskar Lafontaines Entscheidung ist für mich sehr, sehr bitter.



Doppel-Paß-Unterhändler*: Alternative zu Rot-Grün?

fall. Auch daß mit dem Hessen Hans Eichel (siehe Seite 32) sofort ein Nachfolger für den Finanzminister zur Hand war, wundert die Oskar-Truppe nicht.

Der Konkurrenzkampf der beiden „Enkel“ Willy Brandts reicht zurück bis in die Zeit, als „der Alte“ noch eigenhändig seine Lieblinge auszuzeichnen pflegte. Immer war Lafontaine der Leitwolf, an dem Schröder herumstupsste. Zu den brennendsten Enttäuschungen seiner Niederlage im Kampf um das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten gehörte für den jungen Schröder 1986 die Einsicht, „daß mir jetzt erst mal für längere Zeit der Saarländer in allen Bereichen überlegen ist. Das erkenne ich auch an“.

Die folgende Zeit hielt allerdings für Oskar Lafontaine schmerzhaft Einbrüche und Enttäuschungen bereit.

Im März 1990 zum Kanzlerkandidaten der SPD gegen Helmut Kohl nominiert, streckte ihn einen Monat später eine gei-

* Rheinland-pfälzischer Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), Landesjustizminister Peter Caesar (FDP) und stellvertretender FDP-Vorsitzender Rainer Brüderle am Donnerstag vergangener Woche in Mainz.

stesverwirrte Attentäterin mit einem Messerstich in den Hals nieder. Dennoch blieb er als Herausforderer gegen den Vereinigungskanzler Kohl im Rennen – und verlor mit niederschmetternder Deutlichkeit.

Schröder, der im selben Jahr 1990 im zweiten Anlauf in Hannover niedersächsischer Ministerpräsident wurde, begann sich aus der Gefolgschaft des Saarländers zu emanzipieren. Aber Chef – daran ließ Lafontaine, der

nur wenige Monate älter ist als Schröder, nie den geringsten Zweifel – war er.

So sehr sich in den vergangenen zehn Jahren die öffentlichen Bilder der beiden SPD-Politiker gewandelt haben, so unverändert blieb bis zur Bundestagswahlnacht 1998 ihr Binnenverhältnis. Bis zuletzt respektierte Lafontaine den hitzigen Machtwillen des Norddeutschen, seine schnelle Auffassungsgabe, das blendende Selbstverkaufstalent. Aber immer betrachtete er ihn mit dem amüsierten Wohlwollen des Altmeisters.

Als 1993 Rudolf Scharping Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat wurde, verbündeten sich die beiden im Spott über den oft farblos und hölzern wirkenden Lahnsteiner.

Nachdem Lafontaine auf dem SPD-Parteitag in Mannheim 1995 handstreichartig die Führung der Partei an sich gerissen hatte, wetteiferten die beiden Ministerpräsidenten schon verdeckt um die Rolle des Kohl-Herausforderers für 1998. Lafontaine war sich seiner Favoritenrolle sicher.

Daß Schröder rein äußerlich der Typ sein könnte, den Deutsche sich als Kanzler wünschen – kraftvoll, volkstümlich, mit

Das Paß-Gesetz

Der neue Gesetzentwurf zur Reform des Staatsbürgerrechts verzichtet auf die generelle Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Statt dessen ist vorgesehen der befristete

Doppel-Paß für Neugeborene

Künftig erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch neben der ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Doppel-Paß für Kinder

Ausländische Kinder bis zu 10 Jahren erhalten auf Antrag der Eltern zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit. Anträge müssen innerhalb eines Jahres gestellt werden, sonst erlischt der Anspruch.

Voraussetzung: Ein Elternteil muß seit mindestens acht Jahren eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Im Alter von 18 Jahren müssen sich die jungen Doppel-Staatsbürger schriftlich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Wollen sie ihren deutschen Paß behalten, müssen sie bis zum 23. Lebensjahr nachweisen, daß sie die zweite Staatsangehörigkeit aufgegeben haben.

DER SPIEGEL

Nur in Ausnahmefällen gibt es wie bisher den

Doppel-Paß für Erwachsene

Zum Beispiel dann, wenn der ausländische Staat die Entlassung aus seiner Staatsangehörigkeit verweigert oder dem in Deutschland lebenden Ausländer bei der Entlassung erhebliche wirtschaftliche oder vermögensrechtliche Nachteile entstehen.

Weiter sieht der Gesetzentwurf vor eine

Leichtere Einbürgerung für Erwachsene

Erwachsene Ausländer können künftig bereits nach 8 statt bislang 15 Jahren ihre alte Staatsangehörigkeit ablegen und Deutsche werden. Voraussetzung: ausreichende Deutschkenntnisse, das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

„Vielleicht ein bißchen ruhiger“

Kanzleramtsminister Bodo Hombach über die Wirtschaftspolitik nach Lafontaines Rücktritt und Schröders Rolle als SPD-Parteivorsitzender

SPIEGEL: Herr Hombach, hat die Regierung nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines eine zweite Chance?

Hombach: Wir wären nicht Regierungspartei geworden ohne das konstruktive Zusammenspiel zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder; das galt als personifiziertes Integrationsmodell. Beide hielten die Partei zusammen, konnten über den Rand hinaus Zustimmung gewinnen und mit den Grünen dann gemeinsam die Politik formulieren und pflegen. Aber auch die jetzige Konstellation kann ein Erfolgsmodell werden.

SPIEGEL: Welches Projekt wird jetzt ohne Lafontaine leichter, welches Vorhaben wird anders?

Hombach: Durch das jetzt beschlossene Steuerentlastungsgesetz werden wir nicht nur die Familien, sondern auch den Mittelstand mit über fünf Milliarden Mark während der Legislaturperiode entlasten. Und erstmals sinken seit Jahren wieder die Lohnnebenkosten, nämlich um 0,8 Prozentpunkte. Das ist ein Anfang, für den Schröder und Lafontaine gemeinsam die Basis gelegt haben. Vielleicht wird es ein bißchen ruhiger, weil den zum Teil abenteuerlichen Phantasien

über den vermeintlichen Streit, den es an der Spitze gegeben haben soll, nun die Grundlage entzogen ist.

SPIEGEL: Schröder hat sein politisches Schicksal mit neuen Arbeitsplätzen verbunden. War Lafontaine als Buhmann der Wirtschaft da im Wege?

Hombach: Die gesamte Regierung wird am Abbau der Arbeitslosigkeit gemessen. Dazu müssen wir den Reformstau auflösen, der sich in 16 Jahren Kohl-Regierung aufgetürmt hat. Wer das anpackt, der greift in Privilegien und Gewohnheiten von Menschen ein, die sich auch künftig laut zu Wort melden werden. Wir werden das jeden Montag bei Ihnen nachlesen können. Außerdem wechselt die Rolle des Bösewichts ja ständig. So ist das Leben.

SPIEGEL: Das Hin und Her um die Rückstellungen der Versicherungen und Strom-

konzerne bedient ein altes Vorurteil: Sozialis können nicht mit Geld umgehen. Wie ist es sonst zu erklären, daß die Rechnungen der Regierung und der Energiewirtschaft so weit auseinanderklaffen?

Hombach: Die errechneten „Angstzahlen“ der Wirtschaft werden nicht Realität. Die Steuerschätzung ist keine exakte Wissenschaft. Aber natürlich muß der Kanzler die Zahlen des Finanzministeriums zugrunde legen, wenn es um die Höhe von Steuerbelastungen geht.

SPIEGEL: Auch wenn es falsche Zahlen sind?

Hombach: Die Steuerreform war nicht das Werk eines Mannes, sondern der gesamten Regierung. Unbestritten ist, daß es eine soziale Schieflage in unserem Steuersystem gab. Das wollten wir ändern. Wenn ein Handwerksbetrieb mehr Steuern zahlt als ein Großkonzern, der sich mit Hilfe des Steuerrechts arm rechnen kann, dann stimmt etwas nicht. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform werden wir die Steuersätze reduzieren und damit dauerhaft zu einer weiteren Entlastung, besonders des Mittelstandes, beitragen.

SPIEGEL: Wirtschaftsfreundlicher will der Bundeskanzler seine künftige Politik machen. Aber sind neue Steuergeschenke überhaupt bezahlbar?

Hombach: Es geht nicht um Steuergeschenke, sondern um eine Steuergesetzgebung, die eine neue Dynamik im Unternehmensbereich entfacht, Investitionen auslöst und dadurch Arbeitsplätze schafft.

SPIEGEL: Was prädestiniert den Wahlverlierer von Hessen für das schwierigste Amt in Schröders Kabinett?

Hombach: Hans Eichel ist ein erfahrener Finanzpolitiker und hat die finanzpolitische Koordinationsarbeit auf sei-



SPD-Politiker Hombach: „Sie können ja mal recherchieren“

Hombach: Das sieht der Kanzler nicht so. Er hat gemeinsam mit Oskar Lafontaine eine feste Zusage gegeben, daß diese Zahlen nicht überschritten werden.

SPIEGEL: Wird die von Wirtschaft und Opposition heftig kritisierte Steuerreform nun gestoppt?

Hombach: Das Steuerentlastungsgesetz ist vom Bundestag verabschiedet und wird nun endgültig vom Bundesrat beschlossen. Über die Unternehmenssteuerreform werden die Vertreter des Bündnisses für Arbeit, also Arbeitgeber wie Gewerkschaften, gemeinsam mit der Regierung beraten. Das gilt auch für die folgenden Stufen der Ökosteuerreform.

SPIEGEL: Ist es nicht scheinheilig, jetzt Lafontaines Steuerwerk vom Bundesrat durchwinken zu lassen, obwohl man etwas anderes will?

ten der SPD-Bundesländer sehr kompetent und erfolgreich gestaltet. Er hat mit der SPD in Hessen hinzugewonnen und das Amt verloren, weil der grüne Koalitionspartner seine Stimmen nicht zusammenbekam.

SPIEGEL: Ihnen, Herr Hombach, wird vorgeworfen, durch Indiskretionen die Standpauke des Kanzlers im Kabinett publik gemacht und dadurch den Rücktritt des Finanzministers beschleunigt zu haben.

Hombach: Genau das Gegenteil ist richtig. Als wir im Kanzleramt von einem Journalisten mit der vermeintlichen Rücktrittsdrohung konfrontiert wurden, haben wir das sofort massiv dementiert, weil es die Unwahrheit war. Trotzdem wurde die Botschaft gedruckt. Angeblicher Grund: Ein Kabinettsmitglied hätte sie bestätigt.



Wirtschaftsführer Stihl, Hundt, Henkel: „Kanzler von einer Fußfessel befreit“

Wer das war, können Sie ja mal recherchieren.

SPIEGEL: Die Distanz Gerhard Schröders zur Bonner Parteizentrale ist ja bekannt. Wie soll ausgerechnet er jetzt die Strukturen innerhalb der Partei aufbrechen?

Hombach: Die sozialdemokratischen Parteien in den Reformländern Europas sind weiter als wir. Wir müssen mutige, unkonventionelle Ansätze diskutieren und fördern. Die Partei will nicht programmatisches Regierungshandeln querschreiben, sondern Zukunftskonzepte. Künftig kann die Partei ihre treibende Rolle finden, ohne daß das als Affront zwischen Parteivorsitzendem und Kanzler mißverstanden werden kann.

SPIEGEL: Was verspricht sich der Bundeskanzler von der Übernahme des Parteivorsitzes?

Hombach: Er will Regierung und Partei beieinanderhalten. Er wurde gebeten. Das ist auch folgerichtig. Der Beste muß jetzt den Job machen. Und Gerhard Schröder ist unser Bester.

blitzenden Augen, ruchlosen Sprüchen und gravitätischen Attitüden, ein Fernseh-Unternehmer eher als ein Parteimensch –, begeisterte den Saarländer mehr, als daß es ihn beeindruckte.

Jetzt trat Schröder in die Fußstapfen Helmut Schmidts, und Lafontaine verstand sich als Nachfolger Willy Brandts. Einen „Politikwechsel in Deutschland“ propagierten sie unter dem Motto „Innovation

Die Doppelbelastung überforderte Lafontaine zunehmend

und Gerechtigkeit“. Schröder und Lafontaine, das war die Antwort der deutschen Sozialdemokratie auf Tony Blair und Lionel Jospin.

Lafontaine übernahm im Duo die Traditionsrolle. Daß er sonderlich beliebt gewesen wäre bei den Genossen, behaupteten nicht einmal seine engsten Freunde. Doch respektiert und gefürchtet war er allemal, auch von Schröder.

„Du kannst ja den Vorsitzenden machen“, pflegte Lafontaine dem Niedersachsen anzubieten, wenn der über die Par-

tei murrte. „Das wirst du mir doch nicht antun“, pflegte der zu antworten. Das war eines jener Scherzrituale mit tieferem Hintergrund, die den sarkastisch gebrochenen Verkehrston der beiden ausmachte.

Nach der März-Wahl in Niedersachsen war klar, daß Lafontaine gegen den Medienstar und Publikumsliedling Schröder keine Chance mehr hatte. Gemeinsam bestritten sie den Wahlkampf, gemeinsam versuchten sie, die rot-grüne Koalition in Bonn zu etablieren.

Mit großer Selbstverständlichkeit bedankte sich Lafontaine nach dem Machtwechsel für „das Vertrauen für Gerhard Schröder und mich“. Während Schröder sich als Regierungschef in Szene setzte, versuchte der Parteivorsitzende sich im Finanzministerium als Neben-, Über- und Schattenkanzler aufzubauen.

Doch die Doppelbelastung als Minister und Parteichef überforderte Lafontaine zunehmend.

Der doppelte Oskar wollte als Finanzminister nicht nur vieles besser, sondern alles ganz anders machen als sein Vorgänger. Noch während der Koalitionsverhandlungen baute er das Finanzministerium zum neuen Superministerium aus, entriß dem Wirtschaftsminister die Zuständigkeit für große Teile der Europapolitik und für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik. CSU-Vorgänger Theo Waigel: „Der hat viel zuviel an sich gezogen.“

Lafontaine brauchte sein neues Machtzentrum nicht nur, um die Welt von seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu überzeugen. Sein Ego verlangte nach einem eigenständigen Projekt neben dem Kanzler. Also versuchte er als makroökonomischer Missionar einen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik einzuleiten – weg von der Angebotspolitik, die auf das freie Spiel der Märkte setzt, hin zu einer Nachfragepolitik, die die Geldpolitik unter Druck setzt und notfalls durch staatliche Verschuldung die Konjunktur ankurbelt.

Die Theorien der neoliberalen Ökonomie Milton Friedmans und der Chicago-Schule waren für Lafontaine „ökonomischer Scheißdreck“.

Unterstützt von seiner Frau und Ko-Autorin Christa Müller, veröffentlichte er im Frühjahr vergangenen Jahres sein ökonomisches Glaubensbe-

kenntnis, ein 352-Seiten-Buch mit dem Titel „Keine Angst vor der Globalisierung“. Der studierte Physiker Lafontaine glaubte endgültig, er sei als Makroökonom weltweit anerkannt. Trotz behauptete er in Vorträgen, daß viele seiner Positionen in Wissenschaft und Politik völlig „unstreitig“ seien – doch genau das waren sie nicht.

Lafontaine eckte immer wieder an. Die Bundesbank brachte er in Rage, weil er von den Frankfurter Währungshütern massiv Zinssenkungen einforderte. Seine europäischen Finanzminister-Kollegen ver-

Oskars blasser Bruder

Der langjährige hessische Ministerpräsident Hans Eichel bekommt seinen Traumjob als Bundesfinanzminister früher als erhofft.

Die Hände fest ans Pult gepreßt, den Hals gereckt – und los: Der Mann im dunkelblauen Nadelstreifen hält seine große Rede. Etwas ungenlenk, aber energisch bombardiert er seine Zuhörer mit Superlativen.

Hessen sei „die dynamischste Region“ Europas. Von der Metropole Frankfurt, dem „Zentrum der europäischen Geldpolitik“, gehe das Signal aus: „Vertrauen schaffen und die Zukunft gestalten.“

So tönte Hans Eichel, seit 1991 hessischer Ministerpräsident, bei seinem letzten großen Auftritt im Wiesbadener Landtag Ende vergangenen Jahres. Seine eigene Zukunft sah der Sozialdemokrat da schon woanders – als Finanzminister in Berlin, nach der Jahrtausendwende. Ein paar Vertraute kannten den Plan.

Nun kommt es fast so, aber doch nicht ganz. Nach dem Rückzug Oskar Lafontaines darf Eichel etwas früher wechseln als vorgesehen. Da trifft es sich, daß er nach der verlorenen Landtagswahl vom Februar sein Wiesbadener Amt in drei Wochen ohnehin an den CDU-Widersacher Roland Koch abgeben muß.

Der 57jährige gelernte Studienrat hat wieder Glück gehabt. Seit er 1975 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Kassel wurde, hangelte er sich von Sieg zu Sieg. Kaum hat er die erste Abwahl verdaut, bekommt er seinen Traumjob.

Ausgerechnet Eichel. „Der tanzt nicht wie Fred Astaire und singt nicht wie Caruso“, frotzelte Gerhard Schröder im Hessen-Wahlkampf. Dafür, fügte der Kanzler hinzu, glänze der Nordhesse durch „seine ungemein sachkundige, präzise und ehrliche Arbeit“.

Wer in Eichels Umgebung arbeitet, muß gelegentlich leiden. „Der weiß einfach zuviel“, stöhnen Mitarbeiter, wenn der Chef die Akten wieder einmal mit dem Eifer eines Oberbuchhalters durchpflügt und Rügen verteilt.

Immerhin ist es Eichel mit den Jahren gelungen, seine Schwäche als Stärke auszugeben. Was mußte er sich nicht alles anhören: Die Grünen verhöhnten ihn als „bebrillte Büroklammer“, die linke „Tageszeitung“ attestierte ihm das „Charisma einer nassen Nudel“.

Völlig verstummt ist der Spott nie, Verletzungen blieben zurück. „Das hat weh getan“, kommentiert Eichel die Attacken auf seine Person. „Heute la-

Kungelrunden stören da nur. Als klassischer Sozialdemokrat liebt Eichel klare Hierarchien. Lafontaine als Parteivorsitzender war für ihn unbestritten der Chef. Bei allen Unterschieden im Temperament hat er mit dem lebenslustigen Saarländer manches gemeinsam: Beide wurden mit Anfang Dreißig Oberbürgermeister einer Großstadt, beide stehen für eine SPD der sozialen Gerechtigkeit. Vielleicht ist Eichel etwas mehr

Realo: „Sosehr ich persönlich dies auch bedaure“, sinniert er etwa über die Arbeitsgesellschaft, „die Globalisierung wird langfristig zur Sieben-Tage-Woche zurückführen.“

Wirtschaftsbosse hören das gern, bei ihnen genießt Eichel Respekt. Seine Bilanz kann sich sehen lassen: Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt Hessen vor allen anderen Flächenländern, kein Bundesland zahlt pro Einwohner mehr in den Finanzausgleich. Mit dem knochenharten Hoechst-Chef Jürgen Dormann pflegt Eichel ebenso gute Kontakte wie mit Mittelständlern.

Auch Wim Duisenberg, Chef der Europäischen Zentralbank, freut sich: „Ich kenne ihn sehr gut und gratuliere Deutschland.“

Eine radikale Wende der Steuerpolitik wird Oskars blasser Bruder aber wohl nicht einleiten. Nach seiner Wahlniederlage versprach er nach anfänglichem Zögern, er werde den Reformgesetzen der Bundesregierung zustimmen, er sei ja noch im Amt. Andernfalls drohe „Chaos im Bundeshaushalt und Chaos in den Länderkassen“.

Nun hat der künftige Finanzchef nur noch eines zu fürchten: daß sein designierter Nachfolger Koch, dessen CDU/FDP-Koalition im Landtag nur die knappste Mehrheit hat, bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 7. April durchfällt. Dann müßte Eichel in Wiesbaden erst einmal weiter amtierenden – und könnte nicht in Bonn antreten.

DIETMAR PIEPER



Finanzpolitiker Eichel (r.), Banker Duisenberg*: „Ich gratuliere“

che ich darüber“, behauptet er. Wenn er doch nur wirklich lachen würde.

Humor ist nicht seine Waffe. Respekt verschafft er sich vor allem durch Willenskraft und Disziplin. Eichel als Ministerpräsident, das war nie der joviale Landesvater, eher schon der besorgte, kundige Oberbürgermeister von Hessen. Er kann noch so weit ins Ausland reisen, er weiß, wann daheim die Straßenbahn fährt.

Daß ein bißchen mehr Kassel auch in Bonn nicht schaden würde, predigt er seit Monaten. Schon im November, als die neue Truppe noch fröhlich Regieren übte, mahnte Eichel „mehr Disziplin“ an. Ein Modell hatte er bereits parat: „Erst muß es die Fachkoordination durch die zuständigen Bundesminister geben, dann die politische Koordination im Präsidium. So einfach ist das.“

* Am 15. Oktober 1998 im hessischen Eltville.

schreckte er mit der Forderung nach einheitlichen Steuern in der Europäischen Union. Die Amerikaner nervte er mit seinem steten Ansinnen, die Wechselkurse von Euro, Yen und Dollar in Zielzonen zu zwingen.

Die besserwisserisch vorgetragenen Ideen Lafontaines und seiner Truppe – vorneweg sein Staatssekretär für internationale Fragen, Heiner Flassbeck – galten amerikanischen Größen der Finanzdiplomatie wie Alan Greenspan, dem amerikanischen Notenbankchef, als „glatte Illusion“. Waigel bekam auf einer Reise nach Washington jüngst von US-Finanzminister Robert Rubin zu hören: „Theo, we miss you so much“ – wir vermissen dich wirklich sehr.

So ungeliebt Lafontaine als Minister für Weltwirtschaft blieb, so umstritten war er im eigenen Land. Ihm entglitt ausgerechnet jenes Projekt, das dem Kanzler so sehr am Herzen lag: die Steuerreform.

Im vergangenen Herbst brachte der Umverteiler aus dem Saarland mit seinen Plänen binnen weniger Tage Unternehmen und Lobbyverbände gegen die rot-grüne Regierung auf. Auf Druck des Kanzlers besserte er das hektisch erstellte Werk immer wieder nach. „Die Vorschläge aus dem Finanzministerium mußte man zuletzt nicht bloß mit Datum, sondern mit Uhrzeit versehen – so schnell haben sie sich geändert“, schimpfte Gernot Mittler, SPD-Finanzminister in Rheinland-Pfalz. „Dieser teuflische Zeitdruck war verheerend.“

In der vergangenen Woche beschränkte der Streit um die Schulden der Atomindustrie dem Schröder-Kabinett einen neuen, blamablen Höhepunkt. Weil Lafontaine falsche Zahlen vorlegte, konnten die Stromkonzerne die rot-grüne Regierung als steuerpolitische Stümper vorführen. Dabei wollte Lafontaine nur, was auch schon sein Vorgänger Waigel vorhatte – die steuerfreien Rückstellungen der Atomindustrie anzapfen.

Mit Lafontaines Abgang ist der Richtungsstreit entschieden

Alles in allem haben die Nuklearmanager über 70 Milliarden Mark beiseite geschafft. Davon wollte er 11 Milliarden als Steuer abbassieren. Wütend präsentierten die Energiekonzerne eine Gegenrechnung. In Wahrheit, so ließ RWE-Chef Dietmar Kuhn seine Steuerexperten nachrechnen, würden die Stromunternehmen mit rund 25 Milliarden Mark belastet.

Doch erst am vorigen Dienstag, als die Bosse in frostiger Runde dem Kanzler mit



Lafontaine-Sohn Carl-Maurice*: Frech wie Oskar



Journalisten vor Lafontaines Haus: „Jetzt Privatmann“

Abbruch der Energiekonsensgespräche drohten, leitete Lafontaine den Rückzug ein und versprach, die Zahlen zu korrigieren. „Es gibt“, so ließ er plötzlich verbreiten, „überhaupt keine Differenzen zwischen uns und der Energiewirtschaft.“

Mit Lafontaines Abgang ist der wirtschaftspolitische Richtungsstreit innerhalb der SPD entschieden. Nun haben die Modernisierer freie Hand. Lange versuchten Schröder und Lafontaine, ihre massiven Differenzen in der Wirtschaftspolitik zu überspielen. Doch es wurde immer klarer, daß sie sich nicht darüber einigen konnten, was modern, was gerecht, was innovativ ist.

Oskar Lafontaine wollte vor allem sozialdemokratische Wahlversprechen einlösen: weg mit der Blümschen Rentenformel, den Kündigungsschutz wieder ver-

* Auf dem Balkon seines Elternhauses am vergangenen Freitag.

bessern, zurück zur vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Schröder trug das zwar offiziell mit, aber intern lief sein Helfer Hombach Sturm gegen Lafontaines Rezepte. Da wurde im Kanzleramt schon mal ein Papier von Lafontaines Leuten mit dem Vermerk „Schwachsinn!“ zurückgeschickt. Lafontaines Leute im Finanzministerium lästerten derweil über die „Profilierungssucht des Oberkoordinators Hombach“.

Mit solchem Kleinkrieg soll jetzt Schluß sein. Der Weg scheint frei für eine „linke Angebotspolitik“, wie sie Schröders Kanzleramtsminister Hombach schon kurz nach der Bundestagswahl in einem Buch mit dem programmatischen Titel „Aufbruch“ propagierte.

Die neue Freiheit ist freilich nicht ohne Risiko. Die Bekenntnisse zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik mit menschlichem Antlitz sind bislang weitgehend Theorie geblieben.

Auch können die Reformer nicht sofort befreit aufspielen. Zunächst müssen sie eine der ungeliebten Hinterlassenschaften Lafontaines, die Steuerreform mit all ihren Mängeln und Makeln am kommenden Freitag durch den Bundesrat bringen.

Auf der Kippe jedoch steht ein anderes wichtiges Reformprojekt der Regierung: das Gesetz über die 630-Mark-Jobs. Eine Mehrheit in der Länderkammer wird Schröder dafür kaum finden.

Zu einem radikalen Neuanfang bei der Steuerreform mochte sich Schröder nach der Trennung von Lafontaine nicht durchringen.

„Wenn wir das jetzt stoppen, bekommen wir dieses Jahr ein riesiges Haushaltsproblem“, warnt Christine Scheel, grüne Vorsitzende des Finanzausschusses.

Jetzt rächt sich, daß zunächst Wohltaten verteilt wurden, die Geldbeschaffung aber erst als zweiter Schritt folgen soll. Für die Erhöhung des Kindergeldes und die Senkung der Steuern, beides seit dem 1. Januar in Kraft, fehlt bisher die Gegenfinanzierung.

Vorher geht das Flickwerk weiter. Die Steuerreform soll mit einem Artikelgesetz nachgebessert werden.

In einer zweiten großen Steuerreform jedoch sollen die teuren Folgen des Karlsruher Familienurteils, die nächste Stufe der Ökosteuer und die schon lange versprochene Reform der Unternehmensbesteuerung in einem mächtigen Gesetzeswerk zusammengefügt werden. Anders als beim ersten Anlauf kann diesmal auch die Wirtschaft mitreden – in einer Expertenkommission des Finanzministeriums ebenso wie in einer spe-



Designierter SPD-Chef Schröder*: „Der immer gegen die Partei gestänkert hat, soll sie jetzt führen“

DPA

ziellen Arbeitsgruppe des Bündnisses für Arbeit.

Geld gibt es für die Unternehmen oben-drein. Der Steuersatz für Unternehmensgewinne soll drastisch sinken, nach Schröders Vorstellung auf ein Niveau von 35 Prozent.

Nun stünde auch einer mutigeren Senkung des Spitzensteuersatzes nichts mehr im Wege. Auch beim Bündnis für Arbeit will Schröder den Wirtschaftsvertretern weit entgegenkommen. Eine Ausbildungsabgabe für Betriebe, die keine Lehrlinge einstellen, von der Parteilinken stets gefordert, hat keine Chance mehr, genauso wenig wie das Verbot von Überstunden, das Lafontaine stets gefordert hatte.

Die maroden Sozialversicherungssysteme zwingen Schröder und seinem neuen Finanzminister Eichel zwangsläufig eine Diskussion auf, die der Traditionalist Lafontaine stets verdrängte: Was eigentlich bedeutet soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung?

Das erste soziale Reformprojekt der veränderten Regierung Schröder könnte die Förderung eines Niedriglohnsektors für Arbeitslose mit geringen Qualifikationen sein. Die Vorarbeiten sind schon erledigt: Die sogenannte Benchmarking-Gruppe im Bünd-

nis für Arbeit, ein Expertengremium, das die Standortbedingungen verschiedener Länder vergleicht, will am Dienstag dieser Woche ein Papier vorlegen, das einen echten Neuanfang in der Arbeitsmarktpolitik vorschlägt.

Danach, so die Vorlage, soll der Staat künftig Geringverdiener so stark von Steuern und vor allem von Sozialabgaben entlasten, daß der Nettolohn auch für bislang unattraktive Jobs „auf ein auskömmliches Niveau erhöht wird“. Für Putzhilfen oder Kellnerinnen, für Wach- und Botendienste oder andere Service- oder Handlanger-Jobs könnte der Staat demnach neue Einsatz-

nehmensteuerreform an und erklärte, „Fehler beim Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit“ korrigieren zu wollen.

Viele Grüne empfinden den Abgang Lafontaines bei allem Respekt auch als Erleichterung. Sie bekamen allmählich den bösen Verdacht, der große Koalitionspartner habe sich in zwei sozialdemokratische Parteien gespalten. Der unausgestandene Konflikt zwischen Schröders angebotsorientierter Politik und Lafontaines Faible für Keynes' Nachfrage-theorie, habe schon nach kurzer Zeit zur „Blockade“ geführt.

Anstatt in Depressionen zu verfallen, wittern die Grünen sogar Morgenluft. Joschka Fi-

scher bat noch am Freitag alle wichtigen Wirtschafts- und Finanzexperten der Partei ins Auswärtige Amt, um einen grünen Maßnahmenkatalog zu entwerfen. Am Dienstag dieser Woche soll das Reformpaket dann in der Fraktion beschlossen werden.

Auch Trittin kann dem Abgang von Lafontaine durchaus positive Seiten abgewinnen. Niemand habe seiner Partei in der Vergangenheit „größeren Schaden zugefügt“ als der Saarländer – indem er selbst Ökothemen besetzte.

■ Auch die Grünen wollen jetzt wirtschaftsfreundlich sein

felder schaffen. Kosten: 15 bis 20 Milliarden Mark.

Das Reformwerk gehe weiter, ließ der Kanzler, um raschen Blick nach vorn bemüht, wissen. Die Regierung sei stabil. Die Grünen strengten sich an, keinen Grund zur Klage zu liefern.

Die Grünen sind wirtschaftsfreundlich, heißt die neue Botschaft, und Fraktionschef Rezzo Schlauch versprach nach einer eilig einberufenen Klausur seiner Abgeordneten „ein positives Signal in Richtung Wirtschaft“. Der Schwabe kündigte eine Unter-

* Vor der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am vorigen Freitag in Bonn.

„Ohne Oskar könnten sich Teile der SPD heimatlos“ fühlen und wieder stärker zu den Grünen tendieren, hofft der Umweltminister. Illusionen über künftige Rollenspiele macht er sich trotzdem nicht. Künftig werde wohl alles, was schief läuft, „automatisch den Grünen angelastet – auch mir persönlich“, denn Lafontaine stehe als Buhmann nicht mehr zur Verfügung. Doch damit, sagt er cool, „muß ich dann leben“.

Für den Kanzler ist Lafontaines putschartiger Rücktritt eine zweite Chance – aber auch ein Risiko. „Lafontaine war immer auch Entlastung für Schröder“, analysiert der Göttinger Parteienforscher Franz Walter, weil er für SPD-Prinzipien gestanden habe.

Je länger er Vorsitzender ist, desto mehr wird sich Schröder an seinem Vorgänger messen lassen müssen. Mit harter Hand und nicht selten mit lautstarken Telefonaten hatte Lafontaine die Partei zusammengehalten; autoritär verlangte er auch den SPD-Länderfürsten bisweilen schmerzhaft Disziplin ab. Ein ähnliches Kunststück wird Schröder, dem einst selbst renitenten Ministerpräsidenten, kaum gelingen.

Schröder, daß er „keine Zweifel an der loyalen Arbeit“ Schreiners habe. Der glücklose Bundesgeschäftsführer ahnt indes, daß seine Ablösung beschlossene Sache ist. In keiner der Gremiensitzungen meldete er sich zu Wort.

Im Ollenhauer-Haus ist der Geist Lafontaines noch höchst lebendig. Auch programmatisch hat der enteilter Vorsitzende ein Vakuum hinterlassen. Rudolf Dreßler und Regine Hildebrandt mahnten im Präsidium: „Wir müssen aufpassen, daß wir den identitätsstiftenden Aspekt in der Partei nicht vergessen.“

Sowenig sichtbar die SPD zuletzt auch gewesen sein mag, gegen die Zumutung, sich als Kanzlerwahlverein instrumentalisieren zu lassen, schien sie gewappnet. Jetzt bleibt ihr aber keine andere Wahl. „Ich hätte mir eine solche Möglichkeit nicht gewünscht“, sagt der Bildungsstaatssekretär Wolf-Michael Catenhusen. Doch nun, so formuliert selbst der Parteilinke Catenhusen, benötige die SPD „einen starken Mann“.

Schröder wird mit Mißtrauen gesehen, wenn auch die Art und Weise von Lafontaines Rücktritt Zorn aufrührt. „Unver-

In der Sondersitzung der Fraktion forderte Ute Vogt überfällige Diskussionen ein: „Bei Sozialversicherung, Rente und Haushalt – da muß die Partei mitdiskutieren und entscheiden!“ Schröder schwieg dazu. Er sagte auch nichts, als ein junger Abgeordneter ihn anmachte: „Du mußt gar nicht so grinsen, wenn ich was sage!“

Von alledem will der abgetauchte Ex-Vorsitzende jetzt überhaupt nichts mehr wissen. Gegen 18 Uhr kam Lafontaine am Donnerstag daheim in Saarbrücken an – und verbarrikadierte sich hinter heruntergelassenen Rolläden in seinem zartlila gestrichenen Haus. Nur der kleine Carl-Maurice ging auf den Balkon und streckte – frech wie Oskar – den wartenden Journalisten die Zunge heraus.

Zwei enge persönliche Freunde erhielten Zutritt bei Lafontaine: Hans-Georg Treib, sein früherer Redenschreiber und Planungschef, mit dem Lafontaine zuweilen seine Urlaube verbringt, und Reinhard Klimmt, der Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten im Saarland.

Seit Wochen kannten die beiden Vertrauten Lafontaines wachsende Unzufrie-



Regierungsthemen Bündnis für Arbeit, EU-Präsidentschaft, Bosnien-Einsatz der Bundeswehr: Bisher lief wenig nach Wunsch

Drücken konnte – und wollte – sich Schröder um den neuen Job allerdings auch nicht. Von den fünf stellvertretenden Vorsitzenden der Partei – Johannes Rau, Wolfgang Thierse, Rudolf Scharping, Renate Schmidt und Heidemarie Wiczorek-Zeul – wäre ihm keine ernsthafte Konkurrenz im Gerangel um den Vorsitz erwachsen. Keiner aus dem Quintett war willens oder in der Lage, die Partei aus der Talsohle herauszumanövrieren.

Bis in den frühen Freitag morgen beriet der Kanzler mit seinen Strategen, darunter Fraktionschef Struck, Wolfgang Clement, Johannes Rau und Franz Müntefering, zwei Optionen: Sollte er nur den Parteivorsitz übernehmen und die Modernisierung der Partei dem amtierenden Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner überlassen? Oder sollte er versuchen, auch einen neuen Statthalter als Chef der Parteizentrale zu installieren, um die Kanzlerpartei ganz im eigenen Sinne auszurichten?

Die Entscheidung fiel schnell – allerdings nur vorläufig. Pflichtgemäß vermeldete

antwortlich“, grummelt Willfried Penner (SPD), Vorsitzender des Bonner Innenausschusses, „einfach so zu gehen.“ „Ganz wenig Verständnis“ für den plötzlichen Abtritt gibt die stellvertretende Parteichefin Renate Schmidt zu Protokoll, und ein Schröder-Vertrauter stellt nüchtern fest: „Der Mann der Partei läßt die Partei einfach hängen.“

Geradezu verstört reagierten die Bonner Parlamentarier. „Der immer gegen die Partei gestänkert hat, soll sie jetzt führen“, staunte ein altgedienter Genosse. Die Abgeordnete Elke Leonhard, unterwegs zur Sondersitzung der Fraktion, registrierte in der Flughafen-Lounge von Berlin bei mitfliegenden Genossen „eine Stimmung, als sei jemand gestorben“.

Es sind vor allem die Linken, die sich verwaist fühlen. „Das ist systematisch vorbereitet worden“, murmelt Fraktionsvize Michael Müller. Seine erste Sorge über einen Parteichef Schröder: „Ich bin verzweifelt, das ist der erste Schritt zur Großen Koalition.“

denheit über die Bonner Doppelrolle, oft genug hatte er über „Intrigen“ des Kanzleramts geklagt und den beiden gesagt, wie sehr er sie beneide, daß sie im Saarland geblieben seien.

Jetzt berichtete er den Freunden, warum er auch das Amt des Parteivorsitzenden hingeschmissen habe: Er habe es sich und auch der Partei ersparen wollen, immer wieder gegen Schröder opponieren zu müssen.

Beim Rotwein hänselte er seinen Nachfolger Klimmt, weil der tags darauf in der Frühe zur Sitzung des Parteipräsidiums nach Bonn fahren mußte. „Ich bin jetzt Privatmann“, feixte Lafontaine. „Und morgen“, fügte er hinzu, „morgen kann ich ausschlafen.“

JÜRGEN HOGREFE, HORAND KNAUP,
JÜRGEN LEINEMANN, PAUL LERSCH,
CLAUS CHRISTIAN MALZAHN,
HENDRIK MUNSBERG, ELISABETH NIEJAHR,
HARTMUT PALMER, CHRISTIAN REIERMANN,
ULRICH SCHÄFER, GERHARD SPÖRL,
KLAUS WIRTGEN